

**Antrag 87/I/2022****Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Für eine Rückgabe von kolonialer Raubkunst**

1 Die deutsche Außenpolitik ist noch immer von kolonia-  
 2 len Kontinuitäten geprägt. Erst 2021 erkannte die Bundes-  
 3 regierung die Kolonialverbrechen an den Herero, Dama-  
 4 ra, San und Nama in Namibia als Völkermord an, wobei  
 5 nach wie vor keine Entschädigungen an die Hinterblie-  
 6 benen des Völkermordes an den Herero, Nama, Damara  
 7 und San gezahlt wurden; die internationalen Beziehun-  
 8 gen sind bis heute durch Rassismus, neokolonialistischer  
 9 Ideologie und weiße Vorherrschaft geprägt. Fehlende Re-  
 10 parationen und Wiedergutmachung sind Symptome da-  
 11 von. Auch der Museumsbesuch erinnert uns an die kolo-  
 12 nialen Verbrechen: Bis heute steht dort Raubkunst – und  
 13 das, obwohl diese meistens explizit von den Regierungen  
 14 der ehemals kolonisierten Staaten zurückgefordert wird.  
 15 Dabei ist es für uns unabhängig, ob die Besitzverhältnis-  
 16 se der künstlerischen Objekte sich dabei in den letzten  
 17 Jahrhunderten auf legalem Wege geändert haben. Für uns  
 18 bleibt es vielmehr wichtig, wo sie ihren Ursprung haben  
 19 und wie die Kunstobjekte und oftmals das kulturelle Erbe  
 20 eines Landes entwendet wurden. So bleibt ursprünglich  
 21 erworbene Raubkunst für uns nach wie vor Raubkunst,  
 22 welche in Museen nichts verloren hat.

23

24 Im Sinne einer dekolonialisierten Außenpolitik, unserer  
 25 historischen Verantwortung und internationalen Bezie-  
 26 hungen auf Augenhöhe, fordern wir, dass eine staatliche  
 27 Stelle eingerichtet wird, die sich proaktiv mit der Raub-  
 28 kunst, die in deutschen Museen und Archiven zu finden  
 29 ist auseinandersetzt. Es soll weitestgehend aufgeklärt wer-  
 30 den, wie die Kunst nach Deutschland gekommen ist und  
 31 Kontakt zu den beraubten hergestellt werden um ihnen  
 32 die gestohlene Kunst, sofern betroffene nicht aktiv auf An-  
 33 spruch verzichte, ausgehändigt.

34

35 Es reicht nicht aus, ein Recht auf Rückforderung für die  
 36 Regierungen der ehemals kolonisierten Staaten einzufüh-  
 37 ren, da dies die Logik der politischen Struktur des Globa-  
 38 len Nordens Akteuren des Globalen Süden aufzwingt. Die  
 39 Hinterbliebenen der Herero, Nama, Damara und San le-  
 40 ben auch heute noch in Armut im eigenen Land. Sie wer-  
 41 den auch von den Verhandlungen zur Aufarbeitung aus-  
 42 geschlossen, welche zwischen der deutschen und der na-  
 43 mibischen Regierung geführt werden. Für einen respekt-  
 44 vollen Umgang mit den Kulturen und Identitäten der ehe-  
 45 mals Kolonisierten muss eine konsequent dekolonisierte  
 46 Außenpolitik die Umstände und Strukturen in den ehema-  
 47 ligen Kolonien anerkennen und sich um die aktive Rückga-

**Empfehlung der Antragskommission  
erledigt durch 94/I/2021 (Konsens)****LPT I-2022 - Überweisen an: FA V - Stadt des Wissens, FA  
XII Kulturpolitik****Stellungnahme FA Stadt des Wissens:****Stellungnahme:**

Der Antrag stellt eine Einschränkung der aktuellen Be-  
 schlusslage – vgl. insbesondere Antrag 94/I/2021 KDV Mit-  
 te „Dekolonisierung der staatlichen Museen, Sammlun-  
 gen und Kunsthallen bundesweit voranbringen“ – da, die  
 mutmaßlich nicht beabsichtigt ist.

**Empfehlung:** Erledigt durch Beschlussfassung (auch unter  
 Hinweis auf den vorbenannten Beschluss). Oder Bekräfti-  
 gung des Beschlusses 94/I/2021

48 be von Raubkunst an die Beraubten bemühen.  
49  
50 Wir fordern alle Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion  
51 dazu auf, sich dafür einzusetzen, das Kulturschutzgesetz  
52 dahingehend zu konkretisieren. Es darf keine Verjährung  
53 geben.